Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Ab-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 199. Sonnabend den 18. Juli 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 19. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Glaser- und der Tischlerarbeiten zum Bau des Eckgebäudes neben der Markthalle hier ist vergeben.

Die nicht berücksichtigten Bewerber werden deshalb ihres Angebotes hiermit entlassen.

Leipzig, am 15. Juli 1891.

In 3126/1080. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Trändlin. Lindner.

Gesucht

wird der am 27. Juli 1856 zu Rippach, Kreis Weißenfels, geborene Kemptner Gustav Adolf Bretschneider, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 11. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig. Armen-Amt.

A. R. II. 645 d. Hentschel. Heinichen.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Gustav Rödler aus Leipzig, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen betrüglichen Bankrotts verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängniß abzuliefern.

Leipzig, den 16. Juli 1891.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgerichte. Burkhardt, L.-G.-Rath.

Beschreibung. Alter: 43 Jahre, Statur: mittel, etwas corpulent, Haare: blond, Stirn: hoch, Bart: blond, starker Schnurrbart, Gesichtsfarbe: gesund, roth.

Steuer-Zuschlag zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Die Handelskammer hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel, Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr **einen Steuer-Zuschlag von vier Pfennig auf jede Mark** desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuer-Gesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte 4 des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde, mit dem auf den **30. September d. J.** anstehenden Hebetermin erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den 16. Juli 1891.

Der Vorsitzende der Handelskammer. A. Thieme. Dr. Gensel.

Bekanntmachung.

Die hiesige Rathskellerwirthschaft soll **Montag, den 17. August dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr** in hiesiger Rathsstube auf 6, vom 1. October dieses Jahres ab laufende Pachtjahre öffentlich und gegen Meistgebot, jedoch unter Vorbehalt des Zuschlages und der Auswahl unter den Bietern, verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen können in hiesiger Rathsexpedition eingesehen, auch gegen Bezahlung der Schreibkosten abschriftlich von dieser Expedition bezogen werden.

Borna, am 16. Juli 1891.

Der Stadtrath. Löscher.

Obstmarkt in Colditz

während der Dauer der Obstzeit **alwöchentlich Donnerstag Vormittag.**

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des **Schuhwaaren-Fabrikanten Hermann Bock zu Weißenfels** wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Weißenfels, den 13. Juli 1891.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung I.

Die Zustände in Ungarn.

Eine so ungebärdige Gesellschaft, wie die Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause ist sonst nur noch im italienischen und vielleicht im rumänischen Parlament zu finden, in Rom und in Bukarest prügelt man sich hin und wieder, in Pest ist aber in den Kammerverhandlungen ein Ton eingegriffen, der es den Vertretern der Regierung kaum noch möglich macht, sich mit der Opposition in Beziehung zu setzen. Dem Ministerpräsidenten werden alle denkbaren Beleidigungen ins Gesicht geschleudert, bald wird er der Verleumdung, bald der Pflichtverletzung im Amt geziehen, dann wird ein Lärm erhoben, der jede Berathung ausschließt, und schließlich wird die nöthige und ersprießliche Arbeit des Parlaments vereitelt. Das sind unwürdige Zustände, und Ungarn leidet darunter; nicht minder wie die andere Reichshälfte, auf welche immer ein Theil der Ausschreitungen ungarischer Abgeordneter zurückfällt. Reden, wie sie Lueger im österreichischen Abgeordnetenhause in neuester Zeit gehalten hat, bilden mit denen des Czechen Bachats den Widerhall Dessen, was im ungarischen Reichstage geschieht, nur daß die Majorität im österreichischen Reichsrathe mehr auf die Wahrung der Würde des Parlaments bedacht ist, als das von der ungarischen Majorität geschieht. Vorgänge wie die, von welchen wir unsern Lesern gestern eine Probe gegeben haben, wären unmöglich, wenn eine des Ernstes ihrer Aufgabe bewußte Mehrheit im ungarischen Reichsrathe vorhanden wäre. Was helfen Huldigungen, die man der Person des Ministerpräsidenten bei einzelnen Anlässen darbringt, wenn die parlamentarischen Verhandlungen auf einer so niedrigen Stufe stehen, wie aus den Sitzungsberichten hervorgeht?

Graf Szapary ist bemüht, die Verwaltung zu centralisiren, der Willkür der Comitatswirthschaft ein Ende zu machen. So wie die Dinge heute in Ungarn liegen, kümmern sich die Comitate, die etwa unseren Kreisen entsprechen, nicht um die Verfügungen des Ministeriums, die Gespane und Obergespane wirthschaften in ähnlicher Weise wie die türkischen Paschas und verfahren rein nach Willkür. Diesem Treiben soll durch Curialgerichte und Verwaltungsgerichte ein Ende gemacht werden, damit Instanzen da sind, wo Jeder, der durch Willkür in seinen Rechten gekränkt ist oder zu sein glaubt, eine Stelle hat, wo er Recht suchen kann. Damit sind aber die Volkblut-Magyaren nicht einverstanden, denen gerade diese Willkür in den einzelnen Gebieten als das Ideal der politischen Freiheit erscheint. Rechtlosigkeit des Volkes und hochtönende Reden im Parlament, die den Schein erwecken, als sitze Ungarn im Rathe der Völker und habe mit zu entscheiden über die Geschicke Europas — das ist nach dem Geschmacke der Führer der Opposition, der Grafen Karolyi und Apponyi, der Ugron und Irany. Eine Regierung, welche alte Mißbräuche bekämpft, welche Ordnung schaffen will in dem Chaos, Ungarn genannt, wird mit Leidenschaft und unter Anwendung der kläglichsten Mittel bekämpft. Gesetzentwürfe, welche der Opposition nicht behagen, werden todt geredet, in der albernsten Weise wird die parlamentarische Erörterung zum Possenspiel erniedrigt, die Berufung auf die Geschäftsordnung dient nur dazu, die Zeit hinzubringen, um schließlich zu keinem Ergebniß zu gelangen.

Es fragt sich, ob man solchen Leuten überhaupt die Mitwirkung an der Bestimmung über ihre eigenen Angelegenheiten zugestehen kann, oder ob es nicht vollkommen gerechtfertigt wäre, wenn man ihnen ein Recht nähme, dessen Werth sie nicht zu würdigen wissen. Die Volksvertretung hat eine große und wichtige Aufgabe zu erfüllen, Kindereien und leichtfertiges Spiel mit Einrichtungen, welche die Wohlfahrt der Völker zu fördern bestimmt sind, können auf die Dauer nicht geduldet werden. Die Regierung hat die Waffe der Auflösung zur Verfügung, um gegen solche unerträgliche Zustände anzukämpfen, aber sie macht von dieser Waffe keinen Gebrauch, weil sie aus Erfahrung weiß, daß Neuwahlen kein anderes Ergebniß verheißen. In der politisch reiferen andern Reichshälfte hat man dieses Mittel jüngst in Anwendung gebracht und nicht erfolglos, wie die jetzt geschlossene Session gezeigt hat. Unter dem Zusammenwirken der Deutschen, Polen und der sonstigen Anhänger der Regierung ist eine Arbeitslast erledigt worden, welche große Anforderungen an den Eifer der Mitglieder des Abgeordnetenhauses stellte. Die Parteiverhältnisse haben eine Klärung erfahren, die übermäßigen Ansprüche der Czechen sind in ihre Grenzen zurückgewiesen worden, und es besteht die Hoffnung, daß sich aus diesen Anfängen weitere ersprießliche Zustände entwickeln werden.

Am ungarischen Reichstage sind diese Dinge spurlos vorübergegangen, man ist dort noch nicht zum Bewußtsein darüber gekommen, daß Ungarn in seiner politischen Entwickelung weit hinter Oesterreich zurücksteht. Wenn irgendwo schwierige Verhältnisse bestehen, so ist das in Oesterreich der Fall, das Völkergemisch, welches dort zur Vertretung der Gesammtstaatsinteressen berufen ist, strebt nach allen Richtungen auseinander. Nach zwölfjährigen vergeblichen Versuchen, den Wünschen der einzelnen Nationalitäten Erfüllung zu bringen, ist man endlich auf den Standpunct zurückgelangt, daß der Staat nur zusammenzuhalten ist, wenn den Deutschen ihre historischen Rechte zuerkannt werden, als dem eigentlichen Kern Oesterreichs. Die neue Parteigruppirung, mag sie nun fertig sein oder nicht, hat schon als Ergebniß ihrer ersten Thätigkeit bedeutende Erfolge zu verzeichnen, die Nationalitätenpolitik ist zur Unthätigkeit gezwungen und an ihre Stelle ist das Zusammenwirken aller ernst zu nehmenden Bestandtheile der Volksvertretung zur Erreichung des Gesammtstaatszweckes getreten. Das ist ein bedeutender Erfolg, dessen segensreiche Früchte erst in Zukunft in ihrer ganzen Bedeutung sich kundgeben werden.

In Ungarn ist im Gegensatz zu Oesterreich eine rückläufige Bewegung erkennbar. Die Partei, welche Deak geschaffen hat und welche unter der Leitung Tisza's zu einer gewissen Blüthe des Magyarenthums gediehen ist, hat unter Szapary Rückschritte gemacht, nicht etwa durch die Schuld dieses tüchtigen und der Anerkennung werthen Mannes; sondern durch die Unfähigkeit der Magyaren, eine neue Ordnung der Dinge aufzurichten, welche lebensfähig und aussichtsvoll ist. Man merkt in Ungarn überall die Abnahme des deutschen Einflusses, die rohe Kraft des Magyarismus ist an die Stelle der segenbringenden Germanisirung getreten; die natürliche Wildheit des magyarischen Wesens hat die deutsche Betriebsamkeit und Intelligenz verdrängt; Pest ist heute die Metropole des Magyarenthums, eines Wesens, welches seine Berechtigung als Factor der modernen Civilisation erst noch zu erweisen hat. Die Vorgänge im ungarischen Reichstage gewähren nicht die Hoffnung, daß sich auf der im Jahre 1867 geschaffenen Basis ein neuer dauerhafter und besserer Zustand als der frühere entwickeln werde; die Bedeutung des ungarischen Parlaments ist mehr und mehr herabgekommen; es ist aus den Verhandlungen dieser parlamentarischen Körperschaft nur die wachsende Unruhe der Magyaren, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu besorgen, zu ersehen. Deak und Tisza haben sich in der Hauptsache darauf beschränkt, in Ungarn eine feste Regierungspartei zu schaffen, Szapary legt die Hand an die Beseitigung der Mißstände in der Verwaltung. Das ist ein großer Unterschied, und die Erfahrung hat gezeigt, welche Schwierigkeiten dem Reorganisator der ungarischen Verwaltung im Wege stehen. Wenn Graf Szapary erkannt hätte, daß die Arbeit, welche er den Magyaren zumuthet, nur von Deutschen verrichtet werden kann, dann würde er das Uebel, welches er ausrotten will, an der Wurzel gefaßt haben, so kann von seinen Bestrebungen kein gutes Ergebniß erwartet werden.

*

Leipzig, 18. Juli.

* Bisher war es noch zweifelhaft, ob der Reichskanzler von Caprivi eine Urlaubsreise antreten werde oder nicht. Wie die „Berliner Börsen-Zeitung" erfährt, hat er jetzt sich entschlossen, ebenso wie im vorigen Sommer auf einen Urlaub zu verzichten.

* Es ist bereits mitgetheilt worden, daß unter Vorsitz des Ministers von Boetticher zwischen den Vertretern der Reichsbehörden und der wichtigsten Staaten im Hinblick auf die am 20. d. in Bern beginnenden deutschen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Italien Vorverhandlungen zu Berlin gepflogen werden. Ihr Ergebniß wird in erster Linie als Instruction für die deutschen Bevollmächtigten dienen. Bei dem den Berathungen zu Grunde liegenden besonders reichhaltigen Stoff dürften die jetzigen Besprechungen zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Die Verhandlungen in Bern werden am 20. Juli auch dann beginnen, wenn bis dahin die in Wien mit der Schweiz geführten Zollvertragsverhandlungen noch nicht zum endgiltigen Abschluß gediehen sein sollten. Die letzteren nehmen übrigens, der „Kölnischen Zeitung" zufolge, einen durchaus erfreulichen, die gehegten Erwartungen rechtfertigenden Verlauf.

* Einen Artikel über die Gegner des Dreibundes schließt die „Badische nationalliberale Correspondenz" mit folgender, dem Fürsten Bismarck gewidmeten Auslassung:

„Wir möchten diese Erörterungen nicht schließen, ohne angesichts der Thatsache, daß der Dreibund wieder auf mehrere Jahre gesichert ist, seines Schöpfers zu gedenken; mag auch Fürst Bismarck nicht mehr der deutschen Politik die Wege weisen, so erfordert es doch, ganz abgesehen von dem unauslöschlichen Danke, der ihm für diese That die ganze gebildete Welt schuldet, der Anstand, daß man an diesem neuen Marksteine deutscher Politik seiner gedenkt. Wir rechnen nicht mit jenem Theile der deutschen Presse, der es über sich bringt, der Erneuerung des Dreibundes Worte der Begeisterung zu widmen, ohne sich seines Begründers und wenigen kurzen Wochen zu erinnern, aber mit Bedauern nehmen wir Kenntniß von dem Bestreben einzelner deutscher Blätter, welche gerade jetzt, wie es scheint, nichts Besseres zu thun wissen, als sich in geheimnißvollen Andeutungen darüber zu ergehen, ob nicht Fürst Bismarck gewißt gewesen wäre, sein eigenes Werk zu zerstören. Das sollte die deutsche Presse unterlassen!"

* Auf Anregung der Siebener-Commission für die Reform des höheren Unterrichtswesens bildet die für die Entwickelung der höheren Unterrichtsanstalten so bedeutsame, bis zu einem gewissen Grade entscheidende Frage des Berechtigungswesens den Gegenstand der Erörterung der obersten Reichs- und Staatsbehörden. Abgesehen von der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste kommt dabei vornehmlich die Berechtigung für die verschiedenen höheren Staatscarrièren und für die subalternen Fächer in Betracht. Beide Fragen sind vor Allem von der größten Bedeutung für die Existenzfähigkeit der lateinlosen Schulen, die erstere für die Oberrealschule, die letztere namentlich für die höhere Bürger(Mittel)schule. Insbesondere die oberen Classen der Oberrealschulen kranken bisher daran, daß die bei ihrer Errichtung in Aussicht gestellte Berechtigung ihrer Absolventen für eine Anzahl höherer Staatscarrièren namentlich in den mehr technischen Reichs- und Staatsdienstzweigen ihnen nicht zu Theil, die Berechtigung für das Staatsbaufach ihnen sogar wieder entzogen wurde. Es darf jetzt, so schreiben die „Berl. Polit. Nachr.", als Ergebniß der vorerwähnten Erörterungen mit Sicherheit angenommen werden, daß in naher Zeit das Abgangszeugniß der Oberrealschulen sowohl für den Reichs- wie für den preußischen Staatsdienst dieselbe Berechtigung gewähren wird, wie das Abgangszeugniß der Realgymnasien sie zur Zeit gewährt und in Zukunft fortgewähren soll. Ist diese Gleichstellung der Oberrealschulen und der Realgymnasien erfolgt, so wird man es der ferneren Entwickelung überlassen können, inwieweit für beide Arten der höheren Lehranstalten ein thatsächliches Bedürfniß vorhanden und demnach die Existenzberechtigung der betreffenden Art von Lehranstalt anzuerkennen ist.

* Es sind in neuester Zeit wieder verschiedene Versuche gemacht worden, eine Zusammenfassung aller auf bürgerlichem Boden stehenden Parteien zur Bekämpfung der Socialdemokratie, unbeschadet natürlich ihrer sonstigen Selbstständigkeit, herbeizuführen. Im Königreich Sachsen, wo das Zusammenstehen der „Ordnungsparteien" gegen die übermächtige Socialdemokratie am dringendsten geboten ist und bis zu einem gewissen Grad Sitte in Uebung war, ist neuerdings ein Anlauf genommen worden, die Gemeinsamkeit des Auftretens der bürgerlichen Parteien gegen die Umsturzpartei zu befestigen und zu sichern. Ein noch merkwürdigerer Versuch wird aus Posen gemeldet: Dort haben angesehene Bürger beider Nationalitäten aus der Stadt und der Provinz die Gründung eines Provinzialvereins zur Bekämpfung der socialdemokratischen Bestrebungen beschlossen. Man sollte denken, wenn sich Polen und Deutsche über ein solches gemeinsames Auftreten verständigen können, so müßte es auch unter Deutschen verschiedener politischer Richtung gelingen. Praktisch wird die Sache natürlich in erster Linie bei den Wahlen. Die Socialdemokratie hat ihre Wahlerfolge vornehmlich der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien zu danken. Die letzteren in ihrer Gesammtheit sind der Umsturzpartei in den meisten Wahlkreisen, die sie jetzt vertritt, überlegen, und bei einträchtigem Zusammengehen der Gegner würde den Socialdemokraten der größte Theil ihres parlamentarischen Besitzstandes wieder entrissen werden können. Was in dieser Hinsicht geschehen kann, haben die Wahlen von 1887 im Königreich Sachsen bewiesen, wo die Socialdemokraten aus sämmtlichen Wahlkreisen, ihren ältesten und festesten, hinausgeworfen wurden. Am meisten Widerstand hat das Zusammengehen gegen die Socialdemokraten bisher bei den Deutschfreisinnigen und den Ultramontanen gefunden. Diese beiden Parteien haben sich, zumal bei den jüngsten Reichstagswahlen, als es galt, die Cartelmehrheit zu brechen, direct und indirect um die Wahlerfolge der Socialdemokraten die größten Verdienste erworben. Ultramontane Stimmen sind überhaupt für einen nationalliberalen oder freiconservativen Candidaten, auch wenn dieselben in der Stichwahl mit einem Socialdemokraten standen, nur ganz vereinzelt abgegeben worden, trotz aller hochtönenden Worte von den Verdiensten der katholischen Kirche um die Bekämpfung der Umsturzbewegung. Indessen fehlen doch nicht die Anzeichen, daß der hohe Ernst der von der Socialdemokratie drohenden Gefahr und die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens dagegen mehr und mehr in den bürgerlichen Kreisen zum Bewußtsein kommt, und dies berechtigt vielleicht zu der Hoffnung, daß in Zukunft das Gefühl der gemeinsamen Wünschen und Interessen mehr, als es bisher der Fall gewesen, über kleinliche Parteirücksichten und Parteiabneigungen den Sieg davontragen werde.

* Durch Delegirte der nationalliberalen Partei aus Hessen, Baden, der Pfalz ꝛc. wurde am 13. Juli in Bensheim das Programm für das am 30. August in Worms abzuhaltende, für ganz Südwestdeutschland berechnete nationalliberale Parteifest vereinbart. Der Verlauf der Vorberathung ließ nach der „Wormser Zeitung" darauf schließen, daß die Betheiligung an dem Feste eine ungewöhnlich lebhafte werden dürfte. In der Hauptsache soll sich dasselbe auf dem am Rhein gelegenen, entsprechend hergerichteten Barbarossaplatze (Wiesloch'sche) abspielen, woselbst mehrere der hervorragendsten Parteimitglieder das Wort ergreifen werden. Die Theilnahme von ferner wohnenden Gesinnungsgenossen ist sehr erwünscht, und es ergeht dieserhalb noch specielle Einladung. In jedem Falle wird man in Worms alles aufbieten, um den Gästen innerhalb der Mauern der alten Reichsstadt ein Fest zu bieten, welches sich den früheren ähnlichen Veranstaltungen auf dem Niederwalz, Auerbacher Schloß, Heidelberger Schloß, in Frankfurt ꝛc. in gleich gelungener Weise an die Seite stellen kann. Das Nähere über das Programm wird später mitgetheilt und erfolgt eine Einladung der Parteigenossen durch die Presse.

* Die „Post" schreibt: „Hiesige Blätter bringen die Nachricht, die Minister Miquel und von Verlepsch seien am 12. d. M. nach Wirballen gefahren, um die russische Zollabfertigung kennen zu lernen und hätten dort eine Zusammenkunft mit dem russischen Finanzminister, welcher eigens dazu dorthin gekommen sei, gehabt. Die Nachricht klang von vornherein ziemlich unwahrscheinlich, denn von einer Reise Wischnigradsky's an die Grenze hätte der Telegraph jedenfalls Meldung gegeben, was nicht geschehen ist. Ueberdies liegt uns ein ziemlich ausführlicher Bericht eines ostpreußischen Blattes, der „Preußisch-Litthauischen Zeitung" vor, worin mit keinem Worte von einer solchen Zusammenkunft die Rede ist. Die Minister nahmen auf dem Bahnhofe Wirballen die russische Zollabfertigung bei den einlaufenden Zügen in Augenschein. Es erfolgten darauf nähere Erkundigungen über die verschiedenen Verhältnisse, sowie Besichtigung des kaiserlich-russischen Hofzuges und der Kirche daselbst. Alsdann wurde die Reise nach Trakehnen angetreten.

* Der „Börsen-Zeitung" zufolge hat der Abg. Bebel kürzlich mitgetheilt, daß der Abg. Singer sein Vermögen der socialdemokratischen Partei geschenkt und sich nur den Bezug einer mäßigen Rente ausbedungen habe. Man wird abwarten müssen, ob Herr Singer oder ob nur ein Spaßvogel diese an sich richtige praktische Folgerung eines theoretischen Parteibekenntnisses gezogen hat.

* Die Pariser Blätter bringen widersprechende Meldungen über den französischen Botschafter Herbette in Berlin. Während die einen versichern, daß er bis auf Weiteres in Berlin bleiben werde, behaupten die anderen, daß er nur nach dort zurückkehren werde, um dem deutschen Kaiser sein Abberufungsschreiben zu überreichen. In Berlin ist man bisher ohne genaue Kenntniß darüber, welche dieser Nachrichten zutreffend ist. Man würde natürlich den bei Hofe und in der Gesellschaft sehr beliebten Botschafter nicht gern aus seiner hiesigen Stellung scheiden sehen, aber eine politische Bedeutung legt man dieser Personenfrage schlechterdings nicht bei. Bisher hat sich nach jeder Vertreter der französischen Republik nach kurzer Zeit in Berlin vollständig eingelebt und treffliche Beziehungen zu den maßgebenden Kreisen zu gewinnen verstanden. Aber auf das allgemeine Verhältniß zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich haben diese persönlichen Beziehungen keinen Einfluß ausüben können, weshalb man diesseits der Frage vom politischen Standpunct aus ganz gleichgiltig gegenübersteht.

* Aus Gotha wird uns geschrieben: Dem hier zusammengetretenen gemeinschaftlichen Landtage für die Herzogthümer Coburg-Gotha sind zunächst nur wenige Vorlagen zugegangen. Außer einem Staatsvertrag mit dem Königreich Bayern wegen Besteuerung inländischer Erzeugnisse im Amtsgerichtsbezirk Königsberg (in Franken) und einem Erlaß mit Gesetzentwürfen, betr. die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst, und die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber und Gerichtsschreibergehilfen, erwähnen wir den Erlaß, betr. die Bewilligung eines Beitrages von 30 000 ℳ jährlich zur Unterhaltung des Hoftheaters. Der Mehraufwand der Generalcasse für das Hoftheater hat trotz aller Ersparnißversuche den Betrag von 126 405 ℳ erreicht, so daß ein weiterer Beitrag sich unter allen Umständen nothwendig macht.

* Die Generaldirection der bayerischen Staatsbahnen erklärt, daß der von uns erwähnte Artikel der „Corresp. Hoffmann" keinen amtlichen Charakter trägt, sondern Privatarbeit eines Eisenbahnbeamten ist.

* Der angekündigte Bericht der Generaldirection der bayerischen Staatseisenbahnen über das Eggolsheimer Eisenbahnunglück umfaßt 15 Folioseiten und besagt im Wesentlichen: Die Entgleisung des Berliner Ferienextrazuges hänge mit einer Veränderung der Gleise zusammen. Dieselbe sei nach dem überall anerkannten Verfahren durchgeführt worden, die Unterstopfung der Querschwellen und Granitwürfel geschehe stets erst allmälig, nachdem die Tragfähigkeit durch Eisenbahnzüge mit gemäßigter Fahrgeschwindigkeit stufenweise festgestellt sei. Betreffs nothwendig werdender Auswechselung vereinzelter angefaulter Bahnschwellen oder schlechter Schienennägel bestehe bei den bayerischen Bahnen eine ebenso strenge Controle der Schienenstrecken, wie im übrigen Deutschen Reiche. Ein Güterzug passirte am 4. Juli Morgens zuerst das umgewechselte Gleis. Der Führer dieses Güterzuges nahm eine Unregelmäßigkeit der einen Granitwürfelreihe wahr, welche wahrscheinlich in Folge Regengüsse während der Nacht unterwaschen war, worauf ein Vorarbeiter sofort mit der Ausbesserung beauftragt wurde. Es bleibe gerichtlich festzustellen, ob der Vorarbeiter demgemäß verfahren sei und ob das erforderliche schrittweise Passiren des Extrazuges angeordnet wurde. Hätte der ganze Extrazug eine fühlthätige Luftdruckbremse gehabt, so wäre das Unglück außerordentlich eingeschränkt worden. Geschwindigkeitsmesser führten bisher nur die Schnellzugsmaschinen. Der Bericht schließt, wahrscheinlich hätte der bedauernswerthe Unfall bei erhöhter Aufmerksamkeit des betheiligten Personals vermieden werden können, doch berechtige der einzelne Fall keineswegs zu einer Beurtheilung des gesammten Systems der bayerischen Bahnen durch die Presse.

* Auf dem Père-Lachaise zu Paris ist in diesen Tagen ein Denkmal für Victor Noir enthüllt worden, jenen jungen Redacteur der Rochefort'schen „Marseillaise", der am